

Alles ist drin – gerade auch für Rheinland-Pfalz

Von Tabea Rößner und Dr. Tobias Lindner

Bei der Bundestagswahl treffen die Bürger:innen eine zentrale Richtungsentscheidung: Verharrt Deutschland angesichts immenser Herausforderungen in einem „weiter so“ oder wagen wir mit einer GRÜN geführten Bundesregierung einen mutigen Aufbruch in die Zukunft?

Unser Wahlprogramm ist eine Einladung zu wirksamem Klimaschutz, zu einer echten Mobilitätswende, zu nachhaltiger Digitalisierung und zu einer zukunftsfähigen Daseinsfürsorge. Gerade unser Rheinland-Pfalz – als ein vielfältiges Land mit Städten und Dörfern, Industriezentren und großen landwirtschaftlichen Nutzflächen und Wäldern – profitiert besonders von einer GRÜNEN Bundesregierung.

Auch Dank der GRÜNEN Beteiligung an der Landesregierung seit 2011 und in zahlreichen Kommunen haben wir in Rheinland-Pfalz gute Voraussetzungen, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Am 26. September entscheiden die Menschen darüber, ob hierfür zukünftig aus Berlin Rückenwind oder Gegenwind kommt.

Wirksamer Klimaschutz

Die Klimakrise ist global; aber ihre Auswirkungen zeigen sich auch schon in Rheinland-Pfalz, wie der Starkregen im Juli mit der daraus resultierenden Hochwasserkatastrophe. Mit mehr als 142 Toten, vielen Verletzten und Traumatisierten, Zehntausenden die ihre Häuser und Existenz verloren haben und materielle Schäden in zweistelliger Milliardenhöhe zeigt die Flutkatastrophe wie wichtig echter Klimaschutz ist. Diese Extremwetter nehmen zu und haben bereits heute gravierende Auswirkungen auf die Menschen und ihre Umwelt. Die immer länger andauernden Hitzeperioden und extreme Wetterereignisse belasten Stadt und Land gleichermaßen. Für die Menschen in unserem Land ist die Bewältigung dieser Zukunftsherausforderung existenziell. Daher muss Klimaschutz auf allen Ebenen konsequent vorangetrieben werden. Dafür brauchen das Land und seine Kommunen starke Partner:innen im Bund.

Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm sollen in den nächsten 10 Jahren jährlich 50 Milliarden Euro in den Klimaschutz investiert werden. Durch eine Ausbauoffensive der Erneuerbaren Energien erreichen wir den Kohleausstieg bis 2030 und damit einen wichtigen Schritt zur Klimaneutralität. Neben dem Abbau umweltschädlicher Subventionen und einer Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro pro Tonne werden wir auch die Schuldenbremse um eine Investitionsregel ergänzen, so dass zukunftsfähige Investitionen gegenfinanziert sind und möglich werden. Aber wir haben auch im Blick, dass Klimaschutz sozial gerecht funktionieren muss, deshalb führen wir ein Energiegeld von 75 Euro pro Person und Jahr ein, sowie einen Klimabonus für klimafreundliches Handeln. Für die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz soll deshalb auch auf Bundesebene ein Klimaschutzministerium geschaffen werden, welches künftig alle Gesetzesentwürfe hinsichtlich ihrer Klimaverträglichkeit prüft.

Photovoltaik und Windkraft kommen auf dem Weg zur Klimaneutralität eine Schlüsselrolle zu. Überall in Rheinland-Pfalz gibt es Möglichkeiten, Dächer,

versiegelte Flächen und landwirtschaftlich genutzte Freiflächen mit Solaranlagen auszustatten. Mit attraktiverer Förderung, der Abschaffung bürokratischer Hürden und der Möglichkeit zur Direktvermarktung wollen wir die Menschen vor Ort auch bei ihrer ganz eigenen Energiewende unterstützen. Mit dem Ausbau der Windenergie und dem Repowering können wir das Land als Wirtschaftsstandort stärken, indem Energie dort erzeugt wird, wo sie unsere Unternehmen braucht. Voraussetzung müssen vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren, aber auch eine frühzeitige Bürger:innenbeteiligung sowie eine anwohner:innenfreundliche und naturverträgliche Standortwahl sein.

Umwelt- und Naturschutz sind Klimaschutz. Deshalb wollen wir die in Rheinland-Pfalz zahlreichen militärischen Konversionsflächen, bei denen eine zivile Nachnutzung nicht sinnvoll ist, dem Naturschutz zur Verfügung stellen und die Artenvielfalt unseres Landes erhalten. Dazu gehört auch, wertvolle Landschaftselemente wie Streuobstbestände und Weinbau-Terrassen besser zu schützen. Damit die Landwirtschaft leichter zum Klimaschutz beitragen kann, brauchen wir eine Reform der Agrarförderung, die Maßnahmen für Klima-, Umwelt- und Tierschutz stärker unterstützt und die regionale Landwirtschaft stärkt. Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Landwirt:innen voranzutreiben, gilt es, die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode für diese Ziele zu nutzen. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Die zahlreichen Waldflächen in unserem Bundesland leisten einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Wir wollen deshalb mehr naturnahe, artenreiche, klimastabile und resistenter Waldökosysteme schaffen statt wie in der Vergangenheit auf anfällige Monokulturen zu setzen.

Mit einer nachhaltig aufgestellten innovativen Wirtschaft schaffen wir den Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen. Die großen Unternehmen im Land wollen wir deshalb zum Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Unternehmensgründungen unterstützen wir mit einem Gründungskapital, wenn sie sich der Nachhaltigkeit verschrieben haben.

Echte Mobilitätswende

Der Ausbau der Bahn ist das Rückgrat einer nachhaltigen Verkehrswende. Damit den Menschen in Stadt und Land attraktive und bezahlbare Mobilitätsangebote gemacht werden können, brauchen wir sie in Rheinland-Pfalz vor allem wieder in der Fläche. Deshalb wollen wir die Reaktivierung stillgelegter Strecken vorantreiben. Ergänzt werden muss das Angebot durch die Vernetzung verschiedenster Verkehrsträger. ÖPNV, Sharing-Angebote und auch das Radfahren müssen attraktive Alternativen zum Auto werden. Im ländlichen Raum wird das Auto für viele Menschen dennoch wichtig bleiben. Darum wollen wir den flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur vorantreiben und gleichzeitig Mobilität auch auf dem Land ohne Auto ermöglichen. Mit einer Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für Erreichbarkeit und Erschließung, erweiterte Angebote an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen, sowie der Unterstützung lokaler Initiativen und dem Ausbau von Radwegen schlagen wir den Weg zur Mobilitätswende ein.

Moderne Mobilität im Zeichen der Klimakrise verlangt neue Prioritäten. Der bisherige Bundesverkehrswegeplan wird diesen nicht gerecht. Viele Straßenbauprojekte in

Rheinland-Pfalz entsprechen nicht mehr den tatsächlichen Anforderungen. Die anstehende Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans wollen wir deshalb nutzen, um alle nicht im Bau befindlichen Abschnitte sowie besonders umweltschädliche Neu- und Ausbauprojekte einer Prüfung zu unterziehen und sie dadurch deutlich zu reduzieren. Mittel für den Straßenneu- und Ausbau werden wir verstärkt in Sanierung und Erhaltung umschichten und den Schienen- und Radwegebau vorantreiben.

Der Luftverkehr spielt vor allem für die Rheinland-Pfälzer:innen im Rhein-Main-Gebiet eine große Rolle, bringt aber auch Belastungen mit sich. Weniger Flugzeuge, aktiver Schallschutz und ein echtes Nachtflugverbot müssen hier für Entlastung sorgen. Auch die Luftfahrt muss sich am Ziel der Klimaneutralität ausrichten und langfristig unabhängig von fossilen Treibstoffen werden.

Millionen Tonnen an Gütern werden tagtäglich über rheinland-pfälzische Autobahnen transportiert. Ein klimaneutraler Güterverkehr muss aber von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Gleichzeitig darf der Schienengüterverkehr für die Menschen im Mittelrheintal nicht zu mehr Belastungen führen. Deshalb setzen wir uns für wirksamen Lärmschutz und alternative Streckenführungen ein. Der Binnenschiffahrt setzen wir den Rahmen, damit sie schnellstmöglich vom Schweröl wekommt und auf Landstrom, alternative Antriebe und klimaneutrale Treibstoffe bauen kann.

Die Tourismuswirtschaft wird in unserem Land mehr und mehr zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor. Gerade nach der Corona-Krise wollen wir ihr wieder auf die Beine helfen. Vor allem den Tourismus im ländlichen Raum wollen wir klimaschonend, ökologisch und auch sozial nachhaltig gestalten. Davon profitieren die Branche, die Tourist:innen und die Umwelt.

Nachhaltige Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet in vielen Bereichen große Chancen für Klimaschutz, Mobilität, Landwirtschaft und Unternehmen. Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs in Mainz war nur durch das Zusammenspiel von Innovationskraft und digitaler Ausrichtung möglich. Diese Entwicklungen wollen wir mit Tempo und entschlossenen Investitionen unterstützen, sodass Rheinland-Pfalz zum Vorreiter in den Bereichen Künstliche Intelligenz und Biotechnologie wird. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die ökologischen und sozialen Potenziale von Technologien zu heben. Ein staatlicher Wagniskapitalfonds kann zusätzlich helfen, unseren Gründer:innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Regionale Greentech-Hubs wollen wir fördern, um die Zusammenarbeit zwischen Startups und etablierten Unternehmen zu erleichtern.

Digitalisierung darf jedoch nicht nur in den Städten stattfinden. Auch auf dem Land brauchen Startups, KMU, Freischaffende und von zuhause arbeitende Menschen ein schnelles und zuverlässiges Internet. Breitband- und Mobilfunkversorgung sind heute Daseinsfürsorge und bieten den Menschen im ländlichen Raum eine Bleibeperspektive. Unser Ziel ist deshalb ein schnelles, kostengünstiges und zuverlässiges Glasfaserinternet in jedem Haus. Wir unterstützen Rheinland-Pfalz dabei, dass Fördergelder unbürokratisch dort ankommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Wir stärken den offenen Zugang zu bestehender Glasfaser und bauen Blockaden ab, um den Ausbau zu beschleunigen. Um den Menschen auch kurzfristig schnellere Internetzugänge zu ermöglichen, wollen wir einen

Rechtsanspruch auf schnelle Internet-Grundversorgung so ausgestalten, dass er unbürokratisch und leicht durchsetzbar ist sowie Mindestbandbreiten garantiert werden. Beim Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, egal in welchem Netz man surft.

Zukunftsfähige Daseinsvorsorge

Wir brauchen eine gute Infrastruktur und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern. Regionen, die mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen wieder investieren und gestalten können. Ziel ist, anhand von regionalen Indikatoren Förderregionen auszuwählen und die Stärkung der Kommunen in diesen Regionen zu unterstützen. Bürger:innen wollen wir außerdem mit Regionalbudgets ausstatten, damit sie ihre Gemeinden selbstbestimmt entwickeln und gestalten können. Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige Mindeststandards formulieren.

Eine starke kommunale Selbstverwaltung braucht eine solide Finanzausstattung. Wenn Bund und Länder den Kommunen neue Aufgaben zuweisen, müssen sie auch eine Finanzierung bereitstellen. Wir wollen eine faire Unterstützung des Bundes bei kommunalen Altschulden erreichen, um auch hoch verschuldeten Kommunen eine finanzielle Perspektive zu geben. Dazu braucht es die Mithilfe aller Bundesländer. Außerdem werden wir mehr kommunale Investitionen in Klimaschutz, die Verkehrswende, Gründungsinfrastruktur und Kultureinrichtungen ermöglichen. Dafür sollen Fördermittel unbürokratischer zugänglich und die Hürden für die Teilnahme finanzschwacher Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund und Länder den Kommunen mit einer gemeinsamen Kompetenzagentur für Förderpolitik und Investitionen zur Seite stehen und die Umsetzung von Projekten leichter ermöglichen.

Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich medizinisch versorgt werden. Die Primärversorgung durch Hausärzt:innen und weitere Gesundheitsberufe muss deshalb weiter gestärkt werden. Um die Versorgung in Stadt und Land sicherzustellen, wollen wir, dass ambulante und stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und etwa regionale Versorgungsverbände mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden. Um die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stärken, wollen wir die Einrichtung von gemeinwohlorientierten regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten.